

Hoffnung schlägt in Optimismus um

Während es im pakistanischen Erdbebengebiet Anzeichen von Normalisierung gibt, warnen Hilfsorganisationen vor falschem Optimismus und disproportionaler Hilfe auf Grund von Eigeninteressen der Spender

Von Nils Rosemann

Die Menschen wissen, was sie zum Überleben brauchen. Die Hilfe greift, und wir blicken nach vorn. Das Leben geht nicht nur weiter, sondern wir haben es wieder in unseren Händen“, erzählt Junaid Qasim am Rande einer Hochzeit von 25 Paaren im Zeltlager von Balakot. „Die von Armee, Dorfältesten und lokaler Verwaltung organisierte Massenhochzeit war wohl das sichtbarste Zeichen für einen Neuanfang nach dem Erdbeben“, ergänzt Major Saeed.

Qasim ist frischgewählter Vorsteher (*Nazim*) der Verwaltungseinheit (*Tahsil*) Balakot, in der vor dem Erdbeben 250.000 Menschen lebten. Der Distrikt umfasst auch das Kaghan Tal, das nach dem Beben vom 8. Oktober als „Tal des Todes“ bezeichnet wurde, weil dort mehr als 30.000 Menschen gestorben und 70 Prozent der Häuser zerstört worden sein sollen. In 20 Zeltlagern haben 17.000 Menschen Zuflucht gefunden, der Rest lebt in einfachen Behausungen in den Bergen. Zwar kommen täglich immer noch neue Flüchtlinge aus den höheren Lagen hinzu, jedoch gibt es inzwischen auch schon Rückkehrer, die unterhalb 2.000 Meter Höhe ihre Häuser wieder aufbauen und bald die Frühlingssaat vorbereiten werden.

„Normalität hat sich eingestellt. Die Menschen wollen zu den Überresten ihrer Häuser, um wieder ihr eigenes Leben, ein Leben ohne Abhängigkeit und mit Privatsphäre leben zu können“, so Oberstleutnant Khattak. Er führt ein 4.500 Mann starkes Regiment das zuerst die Toten barg, dann die Aufräumarbeiten und Nahrungsmittelverteilung koordinierte und bis vor kurzem winterfeste Behelfunterkünfte in den Bergen baute. „Wir haben eigentlich nicht mehr viel zu tun. Wir bleiben aber, um nicht das falsche Zeichen zu setzen. So nach dem Motto: Der Winter kommt und die Armee geht in die Kaserne. Aber das Überleben der Menschen ist gesichert und ab Ende März werden wir beginnen die Zeltlager aufzulösen“.

Was vor vier Wochen noch als Durchhalteparolen geklungen hätte, kann heute als berechtigter Optimismus gewertet werden. „Auffällig ist, dass erstmals in den Diskussionen mit Militärs und Partnern der humanitären Hilfe die Fragen der Wiederaufbauphase genauso viel Aufmerksamkeit bekamen wie die der Hilfsphase“, sagt UN-Koordinator Jan Vandemoortele in Islamabad. Zwar warnt er vor „Überoptimismus“, da das Wetter momentan gut sei und großen Einfluss auf die positive Stimmung habe. Doch ist

auch seiner Meinung nach die Verteilung der Hilfsgüter und die Versorgung der 3,5 Millionen Obdachlosen „soweit, so gut“. Momentan genügt die Finanzierung der durch die Vereinten Nationen koordinierten Hilfe mit 343 Millionen Dollar nur für 62 Prozent der benötigten Gelder.

Dabei variieren die Gelder erheblich zwischen den jeweiligen Unterorganisationen. Während die Finanzierung der Projekte der Humanitären Koordinierung und des Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) und des Kinderhilfswerk (UNICEF) gesichert ist, werden lediglich knapp 65 Prozent der Arbeit von Welternährungsprogramm (WFP) und Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstützt. Die Welternährungsorganisation versorgt mit 20 Hubschraubern eine Million Überlebende mit Grundnahrungsmitteln, Zelten, Decken und Wellblech zur Verbesserung der behelfsmäßigen Unterkünfte. „Die UN-Flotte hat Ende Februar keine Finanzierung mehr und es werden monatlich elf Millionen Dollar benötigt, die dann fehlen“, so der Regionaldirektor des WFP Amir Abdulla. „Die größte Herausforderung für die nächsten Monate und die Zeit danach bleibt, weniger den Interessen der Gebenden zu dienen, als vielmehr die Willen der Ge-



benden zur Unterstützung beizubehalten und sie zu überzeugen, als vielmehr das zu finanzieren, was gebraucht wird“. Trotz des Optimismus sind die Überlebenden immer noch gefährdet, so Abdullah.


Die Verringerung der Transportkapazitäten fällt mit dem Abzug von Hubschraubern der Pakistanischen Armee für den Bürgerkrieg in der Provinz Belusistan und der Beendigung des offiziellen Hilfsmandats durch die NATO zusammen. Seit dem 6. November 2005 hatten NATO Truppen in 90 Tagen die Hilfsbedürftigen in Pakistan mit 18.000 Zelten, 500.000 Decken, 50.000 Schlafsäcke, 32.000 Matratzen, 17.000 Kochern versorgt, fasst Kommandeur Andrew Walton die Hilfsaktionen zusammen. „In Feldlazaretten haben wir 4.900 und mit mobilen Teams weitere 3.500 Patienten behandelt“, so Walton bei der Verabschiedung der Truppen, die einen Großteil ihres Materials den Vereinten Nationen hinterlassen. Während Tschechen, Spanier, Polen, Holländer und Franzosen das Land verlassen, bleiben Deutsche, Amerikanische und Britische Truppen auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen noch bis mindestens Ende März.

Die disproportionale Hilfsbereitschaft macht sich aber nicht nur in der fehlenden Logistik bemerkbar, sondern hindert auch den Übergang zur zivilen Verwaltung. So stagniert die Arbeit des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) seit mehr als zwei Monaten, da nur 27 Prozent dieser nachhaltigen und längerfristigen Projekte finanziert sind. Hier ist der Finanzierungsstand tatsächlich besorgniserregend, da UNDP vor allem lokale Verwaltungsstrukturen unterstützt. Während die Zentralregierung in Islamabad immer mehr Kompetenzen an die Provinzregierungen transferiert und auch die Armee immer mehr Verantwortlichkeiten abgibt, fehlen hier transparente Strukturen und Beratung. Die Regierung in der Nordwestgrenzprovinz, in der fünf der neuen vom Erdbeben betroffenen Distrikte liegen, hat beispielsweise einen Lebensmittel- und Ernährungsplan verabschiedet, der schrittweise die Arbeit des Welternährungsprogramms ersetzen soll. Ab April sollen alle Nahrungsmittel über die Distrikte und Gemeinden an die Überlebenden des Erdbebens verteilt werden.

„Wir haben schon Lebensmittelkarten ausgegeben. In einem zweiten Schritt öffnen wir Läden, in denen es dafür Hilfsgüter gibt“, erklärt Qasim für Balakot.

Die lokalen Verwaltungen sind jedoch selbst Opfer des Erdbebens vom 8. Oktober 2005 geworden und werden diese Aufgabe nicht ohne Unterstützung schaffen. „Die Idee der lokalen Verwaltung und Bürgerverwaltung ist im Geröll der zerstörten Verwaltungsgebäude verschüttet“, stellte ein Mitarbeiter von UNDP schon im November 2005 fest. Dass die lokalen Strukturen überfordert sind, zeigen auch Berichte von Übervorteilung und Korruption bei der Verteilung der staatlichen Ausgleichszahlungen. Staatliche Stellen gehen von 86.000 Toten, 80.000 Verletzten und 3,5 Millionen Obdachlosen aus. Unabhängig von der Anzahl der Todesfälle erhält jede Familie umgerechnet 1.390 Euro. Verletzte erhalten für bleibende Behinderungen in etwa 700 Euro, für Knochenbrüche und Frakturen 350 Euro und für sonstige Blessuren zirka 210 Euro. Der Wiederaufbau ist in drei Phasen unterteilt. In der ersten, bereits im Januar 2006 abgeschlossenen Phase sollten alle Hauseigentümer 350 Euro erhalten. Nach dem Winter, in Phase 2, werden weitere 1.740 Euro ausgezahlt und wer eine erdbebensichere Bauweise übernimmt, erhält für die Bauphase 3 weitere 350 Euro. Das ist viel Geld in einem Land in dem das monatliche Durchschnittsfamilieneinkommen der unteren 60 Prozent bei knapp 50 Euro liegt. Wo die Verteilung des Geldes über die Armee lief, sind bis jetzt keine Beschwerden bekannt geworden. In den Distrikten Abbottabad und Mansehra, zu dem auch Balakot gehört, häufen sich hingegen Vorwürfe von Vetternwirtschaft. Auch Qasim musste sich Ende Januar 2006 vor einer aufgebrauchten Menge vor Balakot rechtfertigen, die die faire Auszahlung der Ausgleichszahlungen forderte. Als die Demonstration gewalttätig wurde, konnte die Armee den *Nazim* von Balakot in Sicherheit bringen. Sein neuer Toyota Corolla – ein Statussymbol in Pakistan – wurde jedoch vollständig demoliert.

Ende Januar 2006 stand die Hilfe der deutschen Bundesregierung bei 120 Millionen Euro, von dem ein Großteil in die Arbeit von Bundeswehr sowie an deut-

sche Hilfsorganisationen oder deren Partnerorganisationen vor Ort ging. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen gibt an, dass privat weitere 80 Millionen an deutsche Hilfswerke und Organisationen gespendet wurden. Davon wurden bis Anfang Februar lediglich 20 Millionen Euro in Hilfe vor Ort umgesetzt. Auch die vom Auswärtigen Amt und BMZ den deutschen Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellten Mittel haben vier Monate nach dem Beben nicht immer die Opfer des Bebens erreicht. So wurden auch Fehler begangen, wenn Hilfswerke ohne regionale Erfahrung weltweit Zelte gekauft hatten, die dem Winter im Himalaja nicht standhielten. Die deutsche Entwicklungshilfeministerin sagte am 29. Januar 2006 in Berlin zusätzliche 3,2 Millionen Euro zu. Dieses Geld und weitere öffentliche und private Unterstützung, sind jedoch nur dann sinnvoll investiert, wenn sie auch in die Stärkung lokaler Verwaltungsstrukturen fließen. 

Ein Auszug dieses Beitrags erschien in „Die Tageszeitung“ (taz) am 6.1.2006